

## Kommentar

## Systemisches Versagen

Jürgen Amendt über den Skandal, dass Tausende von Jugendliche durch die Maschen der Sozial- und Bildungssysteme fallen

Dem deutschen Sozial- und Bildungssystem musste man einst zugute halten, dass es sich wirklich um alle kümmerte. Der staatlichen Fürsorge entkam niemand. Wer in der Schule scheiterte, wurde hernach in Bildungsmaßnahmen gesteckt, in Werkstätten beschäftigt – irgendetwas Platz in der Gesellschaft fand sich für fast jeden. Wer dies nicht wollte, musste in der alten BRD einige Mühe darauf verwenden, dem System zu entfliehen. Das Entkoppeln von den Institutionen war an eine individuelle Absicht gebunden.

Mit den neoliberal motivierten »Reformen« der 1990er und Nullerjahre hat sich das geändert. Jährlich verlassen Tausende von Jugendlichen die Schule ohne Abschluss – in Berlin betrug die Quote 2014 über neun Prozent –, doch viele fallen anschließend aus allen Fördersystemen heraus. Wer nicht das Glück hat, in einigermaßen stabilen wirtschaftlichen familiären Verhältnissen zu leben und von seinem sozialen Umfeld unterstützt zu werden, gehört schnell zu den sogenannten Disconnected Youth. Das aktive Bemühen des Staates um den Nachwuchs endet heute mit dem Ende der Schulpflicht. Wer keinen Abschluss hat, muss sich selbst darum kümmern, diesen nachzuholen, von den Schulen kann er wenig Unterstützung erwarten.

Die Schulen sind jedoch selbst die Getriebenen. Die Klassen sind überfüllt, die strukturellen Probleme groß. So fehlen in Berlin Schulplätze für Erstklässler und wissen derzeit viele künftige Siebtklässler noch nicht, auf welche weiterführende Schule sie ab August gehen können. Unter diesen Bedingungen ist es verständlich, dass sich die Schulleitungen nicht noch um Schüler ohne Abschluss kümmern können. Das Entkoppeln von den Institutionen ist heute nicht mehr Ergebnis einer individuellen Absicht, sondern das eines systemischen Versagens.

## Bildungslexikon

**Deutsche Jugendinstitut**, das; Substantiv, Neutrum. 1963 begann das Deutsche Jugendinstitut (DJJ) in der damaligen BRD mit seiner Arbeit. Zu Beginn verstand es sich vor allem als ein Dokumentationszentrum in Fragen zur Jugend, Jugendwohlfahrt und Jugendpolitik. Seit 1967 entwickelte es sich zu einem der führenden sozial- und erziehungswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Themen zur Jugend und Familie wie Vorschulbildung, Jugendarbeit, Heilpädagogik/Heilerziehung standen im Mittelpunkt der Arbeit. Seit 2000 differenziert sich das Themenspektrum noch einmal aus. So gibt es nun auch Forschungsvorhaben zu Fragen der Bildung und Schule.

Die in den 1990er Jahren gegründete Außenstelle Leipzig initiierte das aktuelle und von der Vodafone-Stiftung finanzierte Projekt »Disconnected Youth – Hilfsstrukturen am Übergang ins junge Erwachsenenalter«. Entlang von leitfadengestützten Interviews mit Angestellten der Fallbearbeitung für unter 25-Jährige in Jobcentern, der Jugendhilfe und der kommunalen Jugendpolitik, sowie Einzelinterviews und Gruppendiskussion mit Betroffenen um die 18 Jahre wurden Erfahrungen entkoppelter junger Menschen aufgenommen, statistisch ausgewertet und Handlungsempfehlungen gegeben. Die Untersuchungen fanden in Leipzig und Umland, Köln sowie in Hamburg statt. lgn



Foto: photocase/o-zero

## Ziel klar verfehlt

Peer Pasternack hat die Hochschulreformen der vergangenen 20 Jahre untersucht und kommt zu einem für die Politik wenig schmeichelhaften Ergebnis: Die Reformen haben nicht zu mehr Qualität geführt

**Herr Pasternack, in einer aktuellen Studie haben Sie die Hochschulreformen der letzten zwei Jahrzehnte untersucht. Zu welchem Ergebnis kamen Sie dabei?**

Hochschulreformen lassen sich nach Wünschbarkeiten bewerten oder danach, ob sie die Probleme, die sie bearbeiten sollten, auch tatsächlich erfolgreich bearbeitet haben. Ich habe letzteres untersucht. Das heißt: Mir ging es nicht darum, ob mir die erzielten Ergebnisse nun gefallen oder nicht, sondern darum, herauszubekommen, ob die Reformen die Ziele erreicht haben, die sie zu verfolgen vorgaben. Um es anschaulich zu machen, habe ich dafür vier Bewertungskriterien definiert und je nach Erfolg, Teilerfolg oder Misserfolg den Reformen Punkte von minus zwei bis plus zwei zugewiesen. Im Ergebnis landeten nur vier der neun analysierten Reformen im positiven Bereich und fünf im negativen. Wie gesagt: Dabei geht es um die Erfolge im Sinne der Reforminitiatoren und nicht um meine persönliche oder eine politische Bewertung.

**Und zu welchem Gesamteindruck gelangten Sie dabei?**

Nun, auffällig war vor allem eines: Die Hochschulreformen der letzten 20 Jahre liefen regelmäßig unter der Flagge der Qualitätssteigerung. Sie haben alle zupackende Qualitätsanforderungen an die Hochschulen formuliert. Aber sie haben nicht vermocht, diesen Anforderungen auch selbst zu genügen.

**Wie meinen Sie das?**

Es gab regelmäßig wiederkehrende Reformschwächen. Was, so wie sie angegangen wurden, auch wenig verwunderlich ist. Denn unisono wurden die reformbedingten Mehrkosten den Hochschulen nicht erstattet, und systematisch wurden und werden übermäßig viele Interessenkollisionen produziert. Auch ist das Reforminstrumentarium immer wieder unterkomplex angelegt, das heißt, von einem einzigen oder einigen wenigen Reforminstrumenten wird immer gleich die Lösung sämt-

»Mehr Freiheit, mehr Autonomie« – unter diesen Schlagwörtern wurden ab Mitte der 1990er Jahre die Hochschulen umgebaut. So versuchte die sogenannte Exzellenzinitiative von Bund und Ländern, ein System von Spitzenuniversitäten zu etablieren, und von der Einführung der Juniorprofessur 2002 versprach sich die Politik eine Verjüngung des akademischen Lehrkörpers und einen höheren Frauenanteil in der Wissenschaft. Jede dieser Reformen hat jedoch nur mehr Bürokratie produziert, kritisiert der Hochschulforscher Peer Pasternack. Mit dem Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg sprach Jens Wernicke.

Foto: Pressestelle Uni Leipzig/Jan Woitas



licher Fragen erwartet. Und darüber hinaus erzeugen Parallelreformen eben fortwährend Überforderungen an den Hochschulen. Außerdem hat jede der Reformen wieder neue Bürokratie produziert, vor allem durch die Erweiterung von Dokumentationsanforderungen. Typisch ist auch, dass reformbedingter Zusatzaufwand entsteht, ohne zugleich Entlastung zu bewirken. Ein Beispiel hierfür sind die Doppel- oder Dreifach-Aufbereitungen der immer gleichen Daten.

**Können Sie das anhand eines Beispiels darstellen?**

Nehmen wir die Einführung von Kennziffern und Indikatoren als Steuerungsinstrumente: »Qualität statt Kosten!« hieß der Schlachtruf damals. Mit weniger Mitteln als zuvor soll gleiches oder mit gleichen Mitteln mehr geleistet werden. Es wird also Leistungsverdichtung erwartet, und diese ist durch aufwendigste Dokumentationen nachzuweisen. Gezeigt hat sich aber vor allem eines: Leistungsorientierte Indikatoren erzeugen indikatoreorientierte Leistungen.

**Wie kommt man denn auf die Idee, Hochschulen könnten ihre »Leis-**

fessur hatte zum Ergebnis, dass dem deutschen Hochschulsystem gleichsam aus Versehen die Post-Doc-Stellen abhanden gekommen sind, weil man die in Juniorprofessuren umgewandelt hat – und sie unterdessen wieder streicht, wenn Einsparauflagen zu erfüllen sind. Die Föderalismusreform sollte einen Wettbewerb zwischen den 16 Landeshochschulsystemen bewirken. Aber nahezu alle Bereiche, in denen sich seither die Differenzen zwischen den Ländern verstärkt haben, betreffen solche Bereiche, die von der Föderalismusreform gar nicht oder nur marginal berührt wurden.

**Was wäre anhand Ihrer Erkenntnisse nun die logische Folge? Was wäre zu tun, um die Hochschulen wirklich zu verbessern? Eine weitere Reform?**

Hochschulreformen wird es immer geben. Denn es ändern sich die Anforderungen an die Hochschulen und es wechseln Landesregierungen. Die künftigen Reformen müssten jedoch ihren Fokus verschieben: von der qualitätsorientierten Reform hin zur Qualität der Reform. Wenn allenthalben Qualitätsstandards für die Hochschulen gefordert werden, dann müsste es auch Qualitätsstandards für Hochschulreformen geben. Die Reformen müssten also selbst einlösen, was sie von den Hochschulen fordern. Dabei wird man freilich auch realistisch sein müssen: Kurzfristig sind in den Hochschulen selbst typischerweise nicht Mehrheiten für eine Reform zu erobern, denn jede Reform ist ja immer auch eine Zumutung, weil sie Veränderungen erfordert. Wofür man aber sorgen kann, ist, dass die Hochschulangehörigen nicht mehrheitlich gegen die Reform sind. Das war bei den meisten Reformen der letzten 20 Jahre nicht gelungen.

Qualitätsstandards für Hochschulreformen. Eine Auswertung der deutschen Hochschulreformqualitäten in den letzten zwei Jahrzehnten, UniversitätsVerlagWebler, Bielefeld 2014, 224 S., 38,50 Euro.

## Bildungsrauschen

## Durch die Maschen gefallen

»Meine Mutter wohnt in Spanien, und mein Vater – keine Ahnung, wo der wohnt. Meine Eltern hab ich jetzt sieben Jahre nicht mehr gesehen.« Was auf [spiegel.de](http://spiegel.de) dieser Tage zitiert wurde, zeigt einen Ausschnitt aus einer gern verdrängten bildungspolitischen Katastrophe: das Leben von jungen Menschen zwischen 15 und 27 Jahren, die von keinen Institutionen wie Schule, Ausbildung, Arbeit oder Jobcenter erfasst werden. Deutschland zählt 21 000 sogenannte institutionell entkoppelte junge Menschen oder auch Disconnected Youth, wie sie auch genannt werden.

In einer aktuellen Studie dokumentiert das Deutsche Jugendinstitut (DJJ) auf [dji.de](http://dji.de) einen Prozess der Vereinsamung,

*21 000 junge Menschen sind in Deutschland aus sämtlichen Sozial- und Bildungssystemen herausgefallen.*

der mit Vernachlässigung, Verwahrlosung und Gewalt im häuslichen Umfeld beginnt. Mit den daraus resultierenden Problemen stehen dann die Jugendlichen vor der Schwierigkeit, geeignete Hilfsangebote zu finden. Gelangen sie trotzdem in die Obhut der Jugendhilfe, hört diese in der Regel mit der Volljährigkeit auf, ungeachtet dessen, ob der Klient über eine »ausreichend persönliche Reife« verfügt. Die im Gesetz vorgesehene Nachbetreuung findet nicht genügend statt. Hier ist die zweite Sollbruchstelle. Das DJJ schlägt deshalb vor, den gesetzlichen Rahmen auszuschoöpfen und die Betreuung über den 18. Geburtstag hinaus zu verlängern. Zur Orientierung der Jugendlichen sollten Angebote »gebündelt« und die Hilfsstruktur übersichtlich und entbürokratisiert gestaltet werden. Im übrigen sollten alle Pädagogen für Kindeswohlgefährdung sensibilisiert und hierin geschult werden.

In welchem Ausmaß das Schulsystem versagt, zeigen Kommentare wie von *ich.persönlich*: »Um irgendwelche staatliche Unterstützung zu bekommen, ist ein Papierkrieg sondergleichen zu führen. Ich habe selber an einer Hauptschule in einem Brennpunktviertel gearbeitet und weiß, wie schwer es vielen Jugendlichen fällt, solche Dinge in Angriff zu nehmen. Da fehlt es an Vertrauen in die Behörden, an kurzen Wegen und einfachen Strukturen. Und an ausgebildeten Kräften vor Ort. Wer inklusive Sekundarschulen ins Leben ruft, muss dafür Verantwortung tragen, dass Kinder aus schwierigen Verhältnissen und mit Auffälligkeiten im psychosozialen Bereich auch dort die Betreuung bekommen, die ihnen zusteht. An meiner Schule gab es dafür einen Sozialarbeiter mit 6 Wochenstunden.« Für die Lehrkraft *J. Dahlbeck* sind »Kinder aus Problemfamilien im Unterricht auffällig. Solche Fälle werden selbstverständlich gemeldet. Aber dann passiert nichts weiter. Der Hinweis versickert bei irgendeiner Behörde. Die Lehrerbegatschaft kennt dann die Situation des Kindes, kann aber nichts weiter ausrichten, als zu hoffen, dass das Jugendamt vielleicht irgendwann mal tätig wird. Da Behörden heutzutage an chronischem Personalmangel leiden, kann man sich für die Kinder nur wünschen, dass sie zu den Entkoppelten zählen.« *kodu* denkt, »die 21 000 Jugendlichen sind eher die Spitze eines Eisberges, dessen verborgene Dimension gefährlich zunimmt.« *Lena Tietgen*